

# GASTKOMMENTAR

von Wolfram-Arnim Candidus

## Thematik GKV – Finanzierung

Die unrealistische Gesundheitspolitik in Verbindung mit der Finanzmacht der GKV in den letzten 20 Jahren hat aus einem gut funktionierenden System der Versorgung/Behandlung/Betreuung der Bürger/Versicherten/Patienten zu einem Gesundheitsmarkt geführt. In den Vordergrund wurde und wird seitens der Gesundheitspolitiker die Beitragssatzstabilität gestellt. Die Folge war und ist eine Rationierung der Leistungen für die Versicherten und Patienten durch die gesetzlichen Krankenkassen. Ferner eine Stagnation in der Vergütung der individuellen Einzelleistungen für die ambulant und stationär tätigen Berufsgruppen und Institutionen. Dies minimiert zusätzlich die Möglichkeit der notwendigen Zuwendungen auf den individuellen Bedarf der Patienten durch die Berufsgruppen und führt somit zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Versorgungsqualität.

Dem Bürger/Versicherten wurde politisch gesteuert und über die Medien verbreitet dargelegt, dass der Beitragssatz zur GKV von 15,5 auf 14,6 Prozent abgesenkt wird, also eine Beitragsreduzierung von 0,6 Prozent. Gleichzeitig wurde aber die Parität der Beiträge von 50 Prozent Arbeitnehmer- und 50 Prozent Arbeitgeberanteil aufgehoben und der Beitragssatz der Arbeitgeber auf 7,3 Prozent eingefroren. Die gesetzlichen Krankenkassen erhielten dann das Recht auf die Erhebung von Zusatzbeiträgen, die jedoch ausschließlich vom Arbeitnehmer zu tragen sind. Zwischenzeitlich hat sich dieser Zusatzbeitrag bei vielen gesetzlichen Krankenkassen auf zwischen 1,1 bis 1,6 Prozent erhöht, sodass der Anteil der Versicherten auf 8,4 bzw. 8,9 Prozent angehoben wurde. Der gesamte Beitragssatz mit eingefrorenem Arbeitgeberanteil stieg somit auf 15,7 bzw. 16,2 Prozent. Insgesamt war also die angekündigte Beitragssenkung auf



Wolfram-Arnim  
Candidus  
Präsident der Bürger Initiative  
Gesundheit e.V.

14,6 Prozent eine Täuschung der Bürger durch die Gesundheitspolitik.

Diese Maßnahme erfolgte trotz des Wissens der politischen Mandatsträger und der gesetzlichen Krankenkassen, dass es auf der bewiesenen Grundlage der Demografie, der technologischen Entwicklungen, der Preissteigerungen und der Innovation im Gesundheitswesen zu erheblichen Kostensteigerungen kommen wird und somit zu Lücken in der Finanzierung der Versorgung/Behandlung/Betreuung der Versicherten und Patienten. Die wissenschaftlich fundierten Berechnungen von Experten, die mir vorliegen, gehen für die nächsten 15 bis 20 Jahre davon aus, dass der Beitragssatz insgesamt auf 20 bis 25 Prozent steigen muss, um das Gesundheitswesen zu finanzieren. Dabei ist die Pflegeversicherung noch nicht einmal enthalten. Dieser Fehler der Gesundheitspolitik muss dringend beseitigt werden und zwar durch Wiederherstellung der Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil bei den Beiträgen zur GKV. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Die paritätisch stärkere Belastung der Arbeitgeber an den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenkasse muss realisiert werden, um die Versorgung der Patienten in einer hohen Qualität zeitnah durchführen zu können. Dies würde die Arbeitgeber von Fehltagen der Mitarbeiter entlasten und zwar durch eine schnellere Rückkehr der erkrankten Mitarbeiter in den Arbeitsprozess oder die Vermeidung von Krankheit. Gleichzeitig würden die Versicherten mit niedrigen oder mittleren Einkommen entlastet und dies ist ein sozialer Tatbestand zum Erhalt der Lebensqualität für viele Bürger in unserem Land.

**Mein Fazit:** Die Lücke zwischen Finanzbedarf und Versorgungsqualität muss schnellstens geschlossen werden.



### A&W-KONTAKT

Ihre Meinung ist uns  
wichtig:  
Redaktion  
ARZT & WIRTSCHAFT  
Justus-von-Liebig-Str. 1  
86899 Landsberg  
Fax: 08191 125-513  
E-Mail: ulrich.karbach@  
mi-verlag.de